

SOVD-PODCAST

Wenn Heimkosten explodieren

Viele Pflegebedürftige kriegen einen Schreck, wenn sie in diesen Tagen die Rechnung für ihren Platz im Pflegeheim erhalten. Die Kosten steigen dramatisch und sind für die meisten Betroffenen überhaupt nicht mehr zu stemmen. In der aktuellen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof – aus dem Alltag einer Sozialberatung“ sprechen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel darüber, was man tun kann, wenn das Ganze unbezahlbar wird und welche Kosten Pflegeheime überhaupt an ihre Bewohner*innen weitergeben dürfen. Der Gast Daniele Hunlede berichtet über ihre Arbeit bei der Beschwerdestelle Pflege, erklärt, mit welchen Problemen sich Ratsuchende an sie wenden können und zeigt auf, wo sie konkret weiterhelfen kann.

Der SoVD-Podcast erscheint monatlich und ist unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

SoVD und Beschwerdestelle Pflege erörtern Herausforderungen im Pflegesektor

Pflege: Gemeinsam mehr erreichen

Vertreterinnen des SoVD und der seit Herbst 2022 aktiven Beschwerdestelle Pflege Niedersachsen trafen sich in der SoVD-Landesgeschäftsstelle in Hannover zum Austausch. Zentrale Themen waren Erfahrungen aus der Beratungsarbeit, Probleme des deutschen Pflegesektors und die Notwendigkeit, Kooperationen im Bereich Pflege zwischen sozialpolitisch handelnden Organisationen und Akteur*innen zu fördern.

Die Beschwerdestelle Pflege wurde als neutrale Anlaufstelle etabliert. Sie setzt sich dafür ein, dass die Rechte von Pflegebedürftigen und beruflich Pflegenden gewahrt werden. Beispielsweise nimmt sie Hinweise auf Missstände in der pflegerischen Versorgung entgegen, unterstützt selbst oder vermittelt gegebenenfalls an zuständige Stellen. Auch wirkt sie darauf hin, dass die Qualität der pflegerischen Versorgung gesichert und weiterentwickelt wird. Das niedrigschwellige Angebot der Beschwerdestelle grenzt sich unter anderem von

der Arbeit des SoVD ab, da sie keine Rechtsberatung durchführt.

Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD, Nora Schrader-Rashidkhan, Referentin Abteilung Sozialpolitik beim SoVD, Dr. Nicole Sambruno Spannhoff, Landespatientenschutzbeauftragte, und Daniele Hunlede, Referentin Beschwerdestelle Pflege, sprachen unter anderem über die Problemherde des Pflegesektors und vor allem die Situation von Pflegebedürftigen. Die Teilnehmerinnen waren sich einig, dass im breit gefächerten Bereich der

Pflege kein einzelnes Angebot flächendeckend sein könne – wo eine Anlaufstelle an ihre Grenzen stoße, könne eine andere mit ihren Kompetenzen weiterhelfen. Wettbewerb sei hier nicht zielführend. Stattdessen müsste konkreten Problemen in Niedersachsen mehr politisches Gewicht verschafft werden. Daher bekräftigten die Teilnehmenden den Wunsch zusammenzuarbeiten und in der Beratung aufeinander zu verweisen.

Die meisten Pflegereformen der vergangenen Jahre sind aus Sicht der Gesprächsteilnehmerinnen nicht weitreichend genug und beheben nicht die Ursachen von Problemen. Viele Maßnahmen wirken nicht, wenn Rahmenbedingungen unverändert bleiben. Als problematisch schätzen die Beschwerdestelle und der SoVD zudem die niedrige Gesundheitskompetenz in Niedersachsen ein. Hier müsste das Land Niedersachsen gezielt Maßnahmen durchführen, um bereits ab dem Kindergarten die

Gesundheitskompetenz von Kindern zu fördern, Menschen besser zu informieren und Prävention flächendeckender auszubauen. Viele Menschen setzen sich mit Pflegeangeboten erst auseinander, wenn sie selbst von Pflegebedürftigkeit betroffen sind – mit der Folge, dass sie wenig Orientierung in der Suche nach Angeboten haben und sich überfordert fühlen. Hier können SoVD und Beschwerdestelle Pflege in Kooperation mit weiteren Akteur*innen wie den Pflegestützpunkten zusammenarbeiten, um ganzheitlich Hilfe und Unterstützung anzubieten.



Foto: thodonald / Adobe Stock

Bei der pflegerischen Versorgung ist der Handlungsbedarf groß.

KONTAKT

An die Beschwerdestelle Pflege können sich Pflegebedürftige, deren Angehörige und beruflich Pflegendewenden. Sie ist unter 0511 120-4186 oder pflegeanliegen@ms.niedersachsen.de zu erreichen.

SoVD zieht ernüchternde Bilanz vor allem bei finanzieller Unterstützung und Inklusion

100 Tage Landesregierung

Mitte Februar war die niedersächsische Landesregierung genau 100 Tage im Amt. Insbesondere im Hinblick auf die sozialen Aspekte zieht der SoVD als größter Sozialverband in Niedersachsen eine ernüchternde Bilanz. Trotz ambitionierter Pläne sei gerade für die Menschen mit geringem Einkommen zu wenig passiert.

Egal, ob finanzielle Unterstützung für Menschen mit kleinem Geldbeutel, sozialer Wohnungsbau oder Inklusion: Aus Sicht des SoVD bleibt die rot-grüne Landesregierung weit hinter den zum Amtsantritt gemachten Ankündigungen zurück. „Bis auf vage Äußerungen ist in den ersten 100 Tagen leider noch nicht viel passiert“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des niedersächsischen SoVD.

Die Einführung eines Härtefallfonds für Menschen, die aufgrund der gestiegenen Preise in finanzielle Not geraten sind, sei zwar positiv, komme allerdings

viel zu spät. Außerdem könne jede Kommune selbst entscheiden, ob sie einen entsprechenden Fonds einrichte. „Das ist für die Betroffenen wenig hilfreich. Die Antragsverfahren sind unterschiedlich und nicht sehr transparent. Es kann nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob es eine Unterstützung gibt oder nicht“, bemängelt Sackarendt. Dieses Vorgehen sei von einem flächendeckenden und unkomplizierten Verfahren weit entfernt. Auch die Einführung des Deutschlandtickets sieht er kritisch: „Für Menschen mit geringem Einkommen sind 49 Euro im

Monat unerschwinglich. Stattdessen muss ein günstigeres Sozialticket eingeführt werden.“

Aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen kommt auch der soziale Wohnungsbau angesichts der steigenden Mieten viel zu schleichend voran. „Die Gründung einer Landeswohnungsbau-Gesellschaft wird nicht reichen. Um die angekündigten 100.000 Sozialwohnungen umzusetzen, muss sofort mit dem Bau begonnen werden“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef. Zu langsam geht Sackarendt auch die dringend notwendige Umsetzung der Inklusion voran. „In fünf Jahren werden die bisherigen Förderschulen auslaufen. Die Landesregierung muss also anfangen, die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn der Politik das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung wirklich wichtig ist, muss endlich etwas passieren. Worte alleine reichen längst nicht mehr“, so Sackarendt.



Foto: Stefanie Jäkel

Im Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne ihre politischen Ziele für die kommenden fünf Jahre Regierungszeit festgeschrieben.

Den Nachlass regeln: SoVD informiert im Online-Vortrag

Testamenterstellung und Vererbung

Die Themen Testament und Vererbung bringen oft viele Fragen und Unsicherheiten mit sich. Daher veranstaltet der SoVD in Niedersachsen am 23. März 2023 von 16 bis 17.30 Uhr seinen digitalen Vortrag „Testament und vererben: So regeln Sie Ihren Nachlass richtig“.

Der Referent Matthias Muik erläutert die Grundbegriffe des Erbrechts leicht verständlich und erklärt, was bei der Vererbung beachtet werden sollte und welche Formulierung im Testament die richtige ist. Darüber hinaus

widmet er sich diesen Fragen: Wer erbt, wenn es kein Testament gibt? Wie kann die Erbfolge in einem Testament aussehen? Was versteht man unter lebzeitiger Überlassung und warum kann das sinnvoll sein? Teilnehmende bekommen außerdem Tipps rund um die Nachfolgeplanung, Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Die kostenlose Online-Veranstaltung steht allen Interessierten offen. Anmeldungen sind bis zum 20. März unter weiterbildung@sov-d-nds.de möglich.



Foto: Prostock-studio / Adobe Stock

Die Veranstaltungen der digitalen Vortragsreihe des SoVD stehen allen Interessierten offen und sind kostenfrei.